

Ergebnisprotokoll der 23. Sitzung des Frauenpolitischen Beirats am 20.4.2010

Teilnehmerinnen: siehe Anwesenheitsliste (Stimmberechtigt: 10 von 13)

Es fehlen bzw. sind entschuldigt: Netzwerk behinderter Frauen/Frau Schweitzer; Landesfrauenrat/ Frau Wolf; Netzwerk Frauengesundheit/Frau Walcker-Mayer

Frau Wüst als Vertreterin der LaKoF hat per mail am 19.4.10 mitgeteilt, dass sich die Landeskongress aus dem Beirat verabschiedet.

Gäste der heutigen Sitzung:

* Frau Kerstin Liebich, Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

* seitens Sen WTF: Frau Schatz (Sen IV B 3), Frau Gerber (Sen IV B 31) und Frau Meierkord, Praktikantin GPR bis 15.6.10

Protokoll/ Tagesordnung:

Es gibt keine Änderungswünsche zum Protokoll der Sitzung vom 28.9.2009 und zur Tagesordnung der heutigen Sitzung.

TOP 1: Aktuelles

Frau Kerstin Liebich, Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, informiert zum aktuellen Stand des **öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) in Berlin:**

Bislang wurde der ÖBS in Berlin (7.574 Personen im Februar 2010) über zwei unterschiedliche Bundesförderungen finanziert: den Beschäftigungszuschuss nach SGB II (5.857 Personen im Februar 2010) und das Bundesprogramm Kommunal-Kombi (1.717 Personen im Februar 2010); das Land Berlin hat die Kofinanzierung übernommen.

Nach Änderung durch den Bund kann der Beschäftigungszuschuss künftig nicht mehr für den ÖBS in Berlin genutzt werden. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hat in 2010 die Mittel für den Beschäftigungszuschuss nach veränderten Maßstäben auf die einzelnen Jobcenter verteilt. Bereits bestehende Verpflichtungen werden dabei nicht berücksichtigt. Eine interne Mittelumverteilung innerhalb der Jobcenter zugunsten einer weiteren Förderung ist ausgeschlossen.

Die Berlin zugeteilten Mittel sind nicht ausreichend und ermöglichen grundsätzlich keine Neuförderungen mit diesem Instrument in 2010. Darüber hinaus hat das BMAS vorgegeben, dass nur noch unbefristete Arbeitsverhältnisse gefördert werden dürfen. Da im gemeinnützigen Bereich jedoch keine unbefristeten Verträge geschlossen werden können, ist ab sofort eine bundesbezuschusste Förderung im ÖBS nicht mehr möglich.

Folgende Ausnahme ist möglich: Für Ältere, die bereits jetzt schon im ÖBS arbeiten, können die Stellen um max. drei Jahre bis zum Renteneintritt verlängert werden. Diese Regelung gilt für 60jährige, die mit 63 Jahren in Rente gehen oder ältere mit einem Renteneintritt mit 65 Jahren. Hierüber werden voraussichtlich 600 bis 660 Verträge weitergeführt werden können.

Um den Umfang des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors dennoch aufrecht erhalten zu können, wird statt des Beschäftigungszuschusses künftig ein anderes Instrument der Beschäfti-

gungsförderung, nämlich die Arbeitsgelegenheit in der Entgeltvariante nach SGB II genutzt werden.

Damit ist die Finanzierung des ÖBS auf dem Niveau von rd. 7.500 Stellen gesichert.

Der Beirat erhält ergänzend folgende Informationen:

1. Übersicht der comovis GbR vom 31.03.2010 über die *Frauenprojekte Beschäftigungszuschuss* (Stand: 15.2.10)

2. Lenhart-Roth, Wagner: „Der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor in Berlin – eine Zwischenbilanz“, Abgeordnetenhaus, Ausschuss für Integration, Arbeit, Berufliche Bildung und Soziales, 18. Februar 2010

Mit Blick auf das vom Beirat noch zu diskutierende Thema „Weibliche Armut in Berlin“ bietet Frau Liebich im Rahmen des fachlichen Austauschs an, aus dem Sozialstrukturatlas Daten zum Thema "Altersarmut von Frauen" zusammen stellen zu lassen.

Frau Schatz hat hierzu von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (Sen IAS) die Auskunft erhalten, dass der Sozialstrukturatlas mit dem entsprechenden "Copyright" in der Federführung der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz (Sen GUV, zuständig ist Frau Dr. Sallmon) liege, die dazu Folgendes mitteilt:

- Der Sozialstrukturatlas biete sich nicht für eine Datenzusammenstellung zum Thema "Altersarmut von Frauen" an, da die Frage nach Armut im Alter unter den verwendeten Indikatoren von folgenden Indikatoren
 - Empfänger/innen von Grundsicherung SGB XII (außerhalb von Einrichtungen) an der Bevölkerung ab 65 Jahre und
 - Armutsquotedirekt behandelt sowie dem ergänzenden Indikator
 - Personen mit überwiegendem Lebensunterhalt aus Rente/Pension an der Bevölkerung tangiert werde und diese Indikatoren jeweils nicht nach Geschlecht unterschieden in die Berechnung und Auswertung eingegangen sind.
- Die Senatsverwaltung GUV habe gemeinsam mit der Senatsverwaltung IAS die Arbeiten an einem Projekt zur Altersarmut aufgenommen, welches u. a. die geschlechtersensible Aufbereitung und Auswertung von Daten zum Themenkreis der Einkommensarmut der älteren Bevölkerung vorsieht. Diese Arbeit erfolge verwaltungsintern. Laut Planung könne Mitte 2011 über aussagekräftigere Auswertungen verfügt werden.
- Davon unabhängig veröffentliche das Statistikerferat der Senatsverwaltung GUV regelmäßig Statistiken und in unregelmäßiger Folge Statistische Berichte u. a. über Empfänger/innen von Leistungen nach SGB XII in ihrem Gesundheits- und Sozialinformationssystem (GSI), die unter folgendem Link: www.gsi-berlin.info zu finden sind.

TOP 2: Thema **Berufsorientierung und Berufsvorbereitung für Migrantinnen**: aktueller Stand und Ergebnisse des Gespräches am 18.1.10

Am 18.1. hat ein Gespräch zwischen Frau Nehring-Venus und den Vertreterinnen der Migrantinnenprojekte stattgefunden, wie das Thema, das in der Septembersitzung 2009 mit Gästen diskutiert wurde, weiter bearbeitet werden kann.

Frau Heinrich berichtet über das Gespräch und die bisherigen Ergebnisse:

Ziel ist es, für junge Mädchen mit Migrationshintergrund die Probleme der Übergangsphase zwischen Schule und Beruf zu verbessern. Hierfür ist das Verabschieden einer Beschlussvorlage durch den Beirat ein eher ungeeignetes Mittel.

Problem: Junge Mädchen mit Migrationshintergrund haben nach Verlassen der Schule oft große Schwierigkeiten mit der Berufswahl und verfügen – trotz Schulabschluss – oft auch nicht über die notwendigen Kenntnisse. Auf der anderen Seite gibt es eine Vielzahl verschiedener Programme und Maßnahmen, die für diese Probleme ansprechbar wären.

Lösungsansätze: Es müssten die Bedarfe der Mädchen und die vorhandenen Angebote miteinander verknüpft, best-practise-Projekte und Erfahrungen mit den Maßnahmen bekannter gemacht und Kommunikationszusammenhänge oder Netzwerke geschaffen werden.

Überlegungen bzw. Vorschläge zur Umsetzung:

- Colloquium mit best-practise-Projekten, um zu analysieren, was diese Projekte erfolgreich macht
- Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den Schulen und den interkulturellen Mädchenprojekten, mit dem Ziel, Kompetenzen und Kapazitäten zu bündeln
- Ausschreibung eines Wettbewerbs, um hierdurch für die Betriebe Anreize zur Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation für die Zielgruppe zu schaffen und die Mädchen und deren Eltern auf die Erfolge aufmerksam zu machen.

→ ggf. in der nächsten Beiratssitzung am 31.8.10 konkrete Vorschläge zu weiteren Maßnahmen diskutieren

TOP 3: Referat zum Thema **Weibliche Armut in Berlin** (Referentin: Bärbel Kramer, Sozialarbeiterin im Frauenzentrum Paula Panke)

Frau Bärbel Krämer ist Sozialarbeiterin und derzeit im Rahmen eines Praktikums im Frauenzentrum Paula Panke tätig. Sie hat anhand des Gender-Datenreports 2009 (zugänglich über www.berlin.de/sen/frauen/ mit der Möglichkeit der Weiterleitung oder direkt über www.statistik-berlin-brandenburg.de/gender/) und weiterer Quellen ca. 20minütig zum Thema referiert; der Vortrag und Präsentation liegen in der Anlage bei.

Frau Gerlach, ebenfalls im FZ Paula Panke tätig, berichtet ergänzend über die Erfahrungen bei der Mitarbeit in der Gruppe „Frauenarmut“ der Berliner Landesarmutskonferenz.

Im Dezember 2009 wurde mit Unterstützung der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Berlin die Landesarmutskonferenz Berlin (lak-berlin) gegründet, mit dem Ziel, alle Kräfte im Land Berlin zum gemeinsamen Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung zu bündeln. Über 35 Organisation, darunter u.a. die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) sowie alle Spitzenverbände der in der LIGA der Freien Wohlfahrtsverbände waren die Gründungsmitglieder der Landesarmutskonferenz.

Die Berliner Armutskonferenz wird von den Sprecherinnen Susanne Kahl-Passoth (Direktorin des Diakonischen Werkes Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz und Vorsitzende der Evangelischen Obdachlosenhilfe e.V.) und Prof. Barbara John (Vorstandsvorsitzende des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Landesverband Berlin) bei der Nationalen Armutskonferenz vertreten.

Nähere Informationen über die Organisation der Landesarmutskonferenz und Termine (Fokuswoche der Nationalen Armutskonferenz vom 19.6. – 26.6.10 und Veranstaltung am 23.6.2010 im FZ Paula Panke) sind bitte dem beiliegenden Schreiben von Frau Gerlach zu entnehmen.

In der kommenden Sitzung am 31.8. soll intensiv mit Blick auf die weibliche Armut im Beirat diskutiert werden. Als Input wird Fr. Gerlach aus der Berliner Armutskonferenz unter dem Aspekt Frauenarmut über die Ergebnisse der Armutswache zu berichten.

TOP 4: GPR / Masterplan

Im Rahmen der Berichterstattung zum GPR haben alle beteiligten Senats- und Bezirksverwaltungen bis zum 24.3.10 ihre Berichte zu den jeweiligen Handlungsfeldern des Masterplans zur Umsetzung des GPR eingereicht. Diese Ergebnisse werden nach den politischen Schwerpunktsetzungen und den Bereichen Gender Mainstreaming /Gender Budgeting kommentiert; der Entwurf des Berichtes wird dem Staatssekretärsausschuss Gleichstellung in seiner Sitzung am 21.6.2010 präsentiert werden.

Die Ergebnisse sollen veröffentlicht werden, so dass nachvollzogen werden kann, was die Beteiligten zu den einzelnen Handlungsfeldern getan haben. Geplant ist in diesem Zusammenhang auch eine Internetpräsentation mit der Möglichkeit, sich aktiv in die Diskussion einzubringen.

TOP 5: Verschiedenes

- Fr. Heinrich berichtet über die Schwierigkeiten von tio in der Kooperation mit dem Bezirksamt Neukölln und hat hierzu schriftliches Infomaterial ausgehändigt.
- 20 Jahre Frauenzentren: Am 9.3.10 wurde das 20jährige Bestehen der Frauenzentren EWA, Frieda, Matilde und Paula Panke in einer Veranstaltung mit Podiumsdiskussion und einer Festrede von Fr. Dr. Bergmann gefeiert. In einer internen Runde der Frauenzentren am 25.6. soll die Veranstaltung und Diskussion zusammengefasst und ausgewertet werden.
- Beirat online: Informationen über den Beirat und die Sitzungsprotokolle ab 2010 sind jetzt auch online unter www.berlin.de/sen/frauen/oeff-raum abrufbar.

Achtung, geänderter Sitzungstermin:

Nächste Sitzung: Mittwoch, 1.9.2010 (Raum 230)

Anlagen zu TOP 3:

Vortrag zum Thema: Weibliche Armut in Berlin, Referentin: Bärbel Krämer

Präsentation zum Thema: Weibliche Armut in Berlin

Schreiben von Frau Gerlach vom 22.4.2010